

Bayr: Täglich 7.000 neue Opfer von Genitalverstümmelung
Utl.: Bayr fordert politische Aktivität gegen weibliche Genitalverstümmelung =

Wien (SK) Anlässlich der Verleihung des Romero-Anerkennungspreises der Katholischen Männerbewegung Österreichs an Waris Dirie in ihrer Eigenschaft als UN-Sonderbotschafterin, die seit Jahren gegen die weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM) kämpft, gratuliert Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Entwicklungszusammenarbeit, der Preisträgerin. ****

Als eine der SprecherInnen der österreichweiten Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung, betont Bayr die Wichtigkeit der öffentlichen Beachtung dieser brutalen Form der Gewaltausübung gegen Frauen auch im europäischen Raum und natürlich auch in Österreich. Bayr: "Denn wir wissen, dass auch hier lebende Frauen und Mädchen davon betroffen sind. Entweder werden die Mädchen für die Verstümmelung in das (meist afrikanische) Heimatland der Eltern gebracht oder es findet sich sogar in Europa die Möglichkeit, wobei dies natürlich streng verboten ist."

"Die Aufklärung der Eltern, die oft in gutem Glauben handeln, ist ebenso wichtig wie politische Aktivität. Nur durch Aufklärung und Beratung der Betroffenen kann künftigen Generationen von Mädchen dieses Schicksal, welches lebenslange beeinträchtigende Folgen für Körper und Psyche hat, erspart werden.", ist Bayr überzeugt. Weltweit schätzt man, dass täglich 6.000 bis 7.000 neue Verstümmelungen an Frauen und Mädchen stattfinden. Waris Dirie schätzt, dass in Österreich 8.000 betroffene Frauen leben.

Die SPÖ Frauen beraten am kommenden Sonntag den Leitantrag "Selbstbestimmt leben, ohne Gewalt" bei der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ, in dem die Genitalverstümmelung als eine mögliche Form der sexuellen Gewalt genannt wird, die auch eine Ausdrucksform der gesamtgesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen darstellt. In diesem Sinne fordert auch Bayr eine Aufstockung der Anzahl der österreichischen Frauenhäuser, die auch Frauen Schutz bieten können, die eine Verschleppung der Tochter zwecks Verstümmelung befürchten müssen. Der von den SPÖ-Frauen geforderte Rechtsanspruch des Opfers auf Betreuung nach einer Gewalttat wäre in diesem Zusammenhang ebenso unverzichtbar wie die Anerkennung einer drohenden Genitalverstümmelung als Asylgrund, so Bayr abschließend.

Info und Unterstützungserklärung: Österreichweite Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung:
www.stopFGM.net (Schluss) ps/mm

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ Tel.: (+43-1) 53427-275 <http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***
OTS089 2004-11-25/10:07 251007 Nov 04